

Haushaltsdebatte 2011: Allgemeine Diskussion sowie OB 10, 20, 60

Stellungnahme Charles Servaty, Vorsitzender der SP-Fraktion

Sehr geehrter Herr Präsident,

Sehr geehrte Mitglieder der Regierung,

Werte Kolleginnen und Kollegen!

Den Einstieg in die heutige Haushaltsdebatte hat mir ein Kollege dieses hohen Hauses anlässlich unserer jüngsten Plenarsitzung vorgegeben.

Ich hoffe unfreiwillig, denn ich möchte dem Kollegen Rene Chaineux von der CSP-Fraktion keinen Auffassungs- oder gar Argumentationsfehler unterstellen. Dennoch lege ich Wert auf die **unmissverständliche Klarstellung, dass wir die Dinge nicht nur beim richtigen Namen sondern auch in der richtigen chronologischen Reihenfolge nennen müssen.**

Der Kollege erkundigte sich nach der Entwicklung im Zusammenhang mit dem Nationalen Begleitplan für Arbeitslose; ein löbliches Unterfangen. Doch im ersten Satz seiner Erläuterungen sprach er davon, dass – und ich zitiere – ‚Die Sozial- und Wirtschaftskrise unter anderem zur Folge hat, dass sich eine steigende Anzahl von Personen...‘.

Moment mal, da war doch was! Wie war denn da doch noch die Reihenfolge? Richtig, Kolleginnen und Kollegen. Als erstes war da die Banken- und Finanzkrise; die hatte eine weltweite Wirtschaftskrise zur Folge; und seither ist es unsere Aufgabe – auch und nicht zuletzt – mit dem Haushalt der DG dafür zu sorgen, dass nicht die einkommensschwachen Personen und Familien den größten Teil der Zeche zahlen: Es liegt also an uns, eine akute Sozialkrise zu verhindern.

Die Finanzkrise, von der wir alle betroffen sind, ist – um es präzise zu sagen – eine Banken-, eine Finanz- und eine Wirtschaftskrise, also die Krise, die im Frühsommer 2007 mit der US-

Immobilienkrise - auch Subprimekrise genannt - begann. Die Krise war die Folge eines spekulativ aufgeblähten Wirtschaftswachstums in den USA und einer weltweiten kreditfinanzierten Massenspekulation. Ich erspare Ihnen weitere Erklärungen, Sie alle haben sie schon wie oft gehört.

Es ist natürlich denkbar, dass aus einer Finanz- und Wirtschaftskrise eine Sozialkrise entsteht. Aber genau um diese zu vermeiden sind wir heute und an den folgenden Abenden hier zusammen, um gemeinsam nach Lösungen zu suchen, damit eine Sozialkrise nicht entsteht. Jedenfalls in dem Maße nicht, wie wir sie von hier aus beeinflussen, bzw. verhindern können.

Denn, ja es stimmt, eine Sozialkrise droht; anderenorts in Europa gibt es sie bereits stärker als es uns je lieb sein könnte. Und es ist auch Teil unserer Aufgabe, sie von der DG abzuwenden. Denn immer, wo eine Sozialkrise sich anbahnt, steht die Solidarität auf dem Prüfstand.

Im Augenblick scheint die Wirtschaft sich zu erholen. Die Schweizer „Basler Zeitung“ bringt es folgendermaßen auf den Punkt: „Die Konjunkturerholung stimmt die Wirtschaftskapitäne wieder zuversichtlicher. Dafür werden die Sorgenfalten bei den Politikern tiefer, die sich mit den Folgen des Desasters herumschlagen müssen.“

Dass die Spekulanten auf den Finanzmärkten ihre Spielchen treiben und ganze Länder an den Rand des Bankrotts treiben können, das irritiert und ruft nach einer ordnenden Weichenstellung, da es die Vermutung zulässt, die Märkte seien zum globalen Casino verkommen. Denkbar wäre zum Beispiel, dass die EU schlichtweg den Handel mit Staatsanleihen unterbinden soll. Erlauben Sie mir in diesem Zusammenhang folgenden witzigen Vergleich: *Angenommen, ich hätte auf mein Haus eine Hypothek aufgenommen, und dann käme irgendeine Bank, um mit meiner Hypothek zu handeln, nur weil ich heute morgen vor dem Spiegel noch etwas müde aussehe – und der Spekulant daraus schließt, ich würde den heutigen Tag nicht überlebe!* So wie jeder Vergleich, so hinkt auch dieser. Aber es mutet schon kurios an, was sich die Welt der Finanzen an Kapiolen ausdenkt.

Internationale Beobachter attestieren Belgien eine gute Arbeit bei der Bewältigung der Krise, als einem der Staaten, die einen guten Weg aus ihr heraus gefunden haben und diese am wirksamsten abfedern konnte. Ich erinnere an das Krisenmanagement der Föderalregierung bei der Lösungssuche für Dexia, Fortis und anderen Geldinstituten. Dass Belgien vergleichsweise gut abgeschnitten hat, liegt zum großen Teil an der hier existierenden

Indexbindung der Löhne, Gehälter und Sozialleistungen. Das kommt in erster Linie denjenigen zugute, die in Lohn und Arbeit stehen. Ein wie in Belgien praktizierter Index hat eine positive Ausstrahlung auf die Binnennachfrage, was wiederum für die Produktivität der Betriebe gut ist und dabei hilft, Arbeitsplätze zu erhalten, bzw. neu zu schaffen. Das soll aber nicht darüber hinwegtäuschen, dass unser Land dringend eine stabile Föderalregierung braucht. Stabilität schafft Vertrauen, Vertrauen ist Vorbedingung für die Schaffung neuer Arbeitsplätze.

Was den DG-Haushalt betrifft,

so sind die endgültige Abrechnung 2009 sowie die zweite Anpassung 2010 auch nach Meinung des Rechnungshofes solide Haushaltsdokumente. Aus den verschiedenen Ausschusssitzungen wissen wir, dass sich die finanzpolitischen Eckwerte der DG in diesen Zeiträumen stabilisiert haben, was angesichts der gravierenden Folgen der vorher beschriebenen Krise keine kleine Kraftanstrengung darstellt!

Wäre da nicht diese Auswirkung des PPP –Projektes, könnten wir getrost die Behauptung aufstellen, dass wir eigentlich mit dem Haushalt 2011 wieder ruhigere Gewässer ansteuern!

Denn für die Überschreitung der Norm des Hohen Finanzrates in 2011 um 77 Mio € ist schon allein das PPP – Projekt mit 73 Mio € verantwortlich (weitere 4 Mio € gehen auf das Konto der krisenbedingten Neuverschuldung). **Hier wird also auf einen Schlag deutlich, wie sich das PPP-Meilenstein-Projekt für die Eupener Schulen als markanter Einschnitt im Haushalt 2011 der DG niederschlägt.**

Um zu **illustrieren**, warum wir uns doch ruhigeren Gewässern nähern, zähle ich kurz **sechs Punkte** auf. Diese werden deutlich machen, **wie wir als Deutschsprachige Gemeinschaft dabei sind, die Krise und ihre Folgen zu meistern. Gleichzeitig dienen diese Argumente mir zur Widerlegung des trüben Bildes, dass der CSP-Kollege Luc Frank soeben zu malen versuchte.**

Erstens haben wir, als die Krise über uns und alle anderen öffentlichen Institutionen hereinbrach, in 2008 schon für den Haushalt 2009 einen Reservebeitrag von 1 Mio € vorsehen können.

Zweitens haben wir im Jahr 2009 als einzige Region oder Gemeinschaft Belgiens einen Abänderungshaushalt im Parlament vorgelegt und dafür das uneingeschränkte Lob des Rechnungshofs erhalten.

Drittens ist es uns gelungen, die Höhe der veranschlagten Neuverschuldungsanleihen von ungefähr 235 Mio € auf unter 55 Mio € merklich zu senken (die Margen neuer krisenbedingter Anleihen haben wir übrigens während der Haushaltsjahre 2009 und 2010 gar nicht beansprucht).

Viertens haben wir es geschafft, die Beibehaltung der Dienstleistungsangebote der Gemeinschaft sowie der sozialen Standards in der DG zu sichern.

Fünftens ist der Sparhaushalt 2010 dank der umfassenden zweiprozentigen Einsparung vonseiten vieler Partner geschultert worden.

Und sechstens, haben wir das Projekt zum Um- und Ausbau des ehemaligen Sanatoriums am Eupener Kehrweg zum neuen Parlamentsstandort um fast 6 Mio € gesenkt.

Und jetzt, werte Kolleginnen und Kollegen, obschon das PPP-Projekt hinzu kommt, können wir die Dauer der veranschlagten Verschuldung auf das Jahr 2038 festlegen; diese Frist lag Mitte 2009 bekanntlich noch im Jahre 2048. Ein weiteres Beispiel dafür, dass wir langsam aber stetig ruhiger werdende Gewässer ansteuern.

Zudem stehen **im verbleibenden Infrastrukturkatalog nur noch Projekte in einer Höhe von 8 Mio €**; auch die damit verbundenen Herausforderungen scheinen demnach zu erreichen zu sein, u.a. weil ja noch nicht feststeht welche dieser angekündigten Vorhaben tatsächlich zur Ausführung kommen werden. Aber, keine Angst, Kolleginnen und Kollegen, alle Projekte aus dem Infrastrukturkatalog bzw. aus dem Infrastrukturplan sind entweder in den verschiedenen Jahren des Haushalts oder aber in der Simulation abgesichert.

Darüber hinaus erhalten auch die Gemeinden sowie die ÖSHZ in 2011 höhere Beträge, die die 2%ige Anstrengung des Haushaltsjahres 2010 auffangen. Die DG-Dotation an die Gemeinden steigt von 16,62 auf 17,76 Mio € an; die der ÖSHZ von 1,67 auf 1,82 Mio €. **Demnach kann auch hier von einer gewissen Entwarnung gesprochen werden!**

Werte Kolleginnen und Kollegen,

In der Politik, so sagt man, ist nichts einfach. Aber einfach ist auch das reale Leben nicht. **Am 13. Juni 2010 wurden wir zu den Wahlkabinen gerufen.** Es war aber keine Wahl wie jede andere, sondern ein Votum über die Zukunft Belgiens. Viele hatten gehofft, dass die vorgezogenen Wahlen eine neue Ära des Landes einleiten könnten - mit einer stabilen Regierung und der Hoffnung auf eine Lösung des Sprachenstreits zwischen den Flamen und den Wallonen. Doch das Gegenteil war der Fall: Die radikalen Kräfte in Flandern waren die klaren Wahlgewinner. Fast jeder dritte Flame stimmte bei den Neuwahlen für Parteien, die eine Trennung von den Wallonen fordern. Am Ende könnte nach Ansicht von Beobachtern eine Spaltung des 180 Jahre alten Königreichs stehen. Diese Prognose wagten tags nach den Wahlen viele Beobachter, inländische wie ausländische.

Und was geschah seither?

In Belgien leben wir seit dem Wahltag vom 13. Juni 2010 in Erwartung einer neuen Föderalregierung. Der König bezeichnete nacheinander Vorbildner und Vermittler mit der Aufgabe, das Terrain für eine Koalitionsbildung zu sondieren. Die Menschen unseres Landes schweben seither zwischen Bangen und Hoffen. Nach wie vor steckt die Regierungsbildung in einer Sackgasse und die Versuche, wieder Schwung in die festgefahrenen Verhandlungen zu bringen, sind noch nicht von Erfolg gekrönt. Dass das Land weiterhin funktioniert, ist zum einen der alten, geschäftstuenen Regierung zu verdanken, mehr aber noch den funktionierenden Regierungen auf Ebene der Regionen und Gemeinschaften. Dass Belgien den Vorsitz des Rates der Europäischen Union innehat und seiner Aufgabe in allen Punkten nachkommt, ist ebenfalls ein nicht zu unterschätzendes Phänomen – da wir ja, wie wir wissen, seit fast einem halben Jahr ohne neue Föderalregierung sind.

Eine stabile Regierung wäre dringend vonnöten, da nicht nur die Glaubwürdigkeit unseres Landes auf dem Spiel steht, sondern auch dringende Maßnahmen zu ergreifen sind in Bezug auf die Wirtschaft, die Lebenshaltungskosten, die täglichen Probleme der Mitbürgerinnen und Mitbürger, die Renten und die Vergreisung der Gesellschaft, um nur diese zu nennen.

Nun könnte man fragen, was denn der Haushalt der DG mit alledem zu tun hat? Belgien ist keine Insel im Verbund der Staatengemeinschaft. Ebenso wenig ist die DG eine Insel

innerhalb Belgiens. Alle Organe sind miteinander verbunden. Und sie beeinflussen sich in Wechselwirkung, insbesondere was die Finanzen bzw. die Haushalte betrifft.

Seit dem 1. Juli dieses Jahres hat Belgien die EU-Präsidentschaft übernommen und es gelingt der Regierung, trotz der widrigen Umstände innerhalb unseres Landes, Erfolge einzufahren. Dies wird ihr von vielen bestätigt. Und die Themen, die dabei abzuarbeiten sind, verlangen nach höchstem politischen Know-how und Fingerspitzengefühl.

DG-Haushalt, Organisationsbereiche 10 – 20 – 60:

Wenn wir heute unsere Haushaltsberatungen beginnen, gilt es viele Punkte abzuwägen, zahlreichen Erwartungen gerecht zu werden und manche Felder abzuklopfen.

Die für Leasingverträge eingetragene Verpflichtungsermächtigungen im OB 20 werden 2011 im Vergleich zu 2010 angehoben und zwar in einer Größenordnung von etwa 500.000 Euro. Dieser Schritt findet seine Begründung darin, dass **die Ausfallsicherheit der Computersysteme verstärkt wird**, da das SAP-Buchhaltungssystem auch von **Gemeinschaftsschulen, den Diensten mit getrennter Geschäftsführung und gewissen Einrichtungen öffentlichen Interesses genutzt werden soll**. Es gilt daher, die Software des Ministeriums vor unerwünschtem Zugriff zu schützen.

In Bezug auf den Infrastrukturplan möchte ich darauf hinweisen, dass der Betrag für den Anbau an das **Eupener Staatsarchiv** erhöht wurde. Der Grund liegt in der Feststellung, dass zusätzlicher Raumbedarf beim Staatsarchiv erkennbar wurde.

Um **alternative Energien** einsetzen zu können, soll nach eingehendem Studium zur Optimierung des Energiehaushalts im Gebäude, Gospert 1, dem Ministerium, ein Blockheizkraftwerk zum Einsatz kommen.

Zu den **Organisationsbereichen 30** - Unterricht Beschäftigung und Ausbildung , **40** - Jugend, Volks- und Erwachsenenbildung, Kultur, Sport, Tourismus sowie **50** - Gesundheit und Soziales werden meine Kolleginnen **Resi Stoffels** und **Nadine Rotheudt** sowie mein Kollege **Jean-Luc Velz** näher eingehen.

Bei der Erstellung des Haushalts haben wir jedenfalls bei allen Sparbemühungen darauf geachtet, den Geldhahn nicht zuzudrehen, besonders nicht an jenen Stellen, an denen das Einfrieren der Geldmittel zu einem Fiasko führen würde. **Ich denke da besonders an den Sozialbereich, um nur diesen zu zitieren. Hier steigen sogar die Mittel in 2011 um mehr als 3%!**

Gerade an dieser Stelle möchte ich einige Worte zur Kritik der CSC zum Infrastrukturprogramm sagen:

Die DG investiere im kommenden Jahr vor allem in Steine, so lautet der Vorwurf an die Adresse der Verantwortlichen. Die Regierung sei 2009 mit dem Versprechen an den Start gegangen, die Ausgaben für die Infrastrukturen würden jährlich maximal 17,5 % der Einnahmen ausmachen.

Ich möchte an dieser Stelle ausdrücklich mal betonen, dass ein Infrastrukturprogramm gleichzeitig auch ein Konjunkturprogramm ist. Wenn Steine verbaut werden, um den Ausdruck der Kritiker zu benutzen, sind es Menschen, sprich Arbeitnehmer, die für das Mauern dieser Steine einen Lohn erhalten, dann sind es Firmen, die Aufträge bekommen, **dann sind es Menschen und Betriebe, denen es dadurch ermöglicht ist, zu leben und zu überleben.**

Und was bedeutet das eigentlich, einen Vorwurf daraus zu machen, in Steine zu investieren? **Was ist schlecht daran?** Ich war immer davon ausgegangen, dass es positiv sei, in Steine zu investieren. **Denn das heißt mit anderen Worten nichts anderes, als aus Steinen Schulen zu bauen oder Krankenhäuser.** Oder, auch wenn dies mit dem vorliegenden Haushalt nichts zu tun hat, auch Kathedralen werden aus Steinen gebaut und niemand käme auf den irrwitzigen Gedanken, zu beanstanden, die Kirche investiere in Steine.

Wenn Schüler das Glück haben, so wie hier in der DG, in Schulen untergebracht zu sein, die sauber, hell und schülergerecht sind, in denen das Unterrichten und das Lernen Freude machen, in denen sowohl die Lehrer als auch die Schüler sich wohlfühlen, in denen junge Menschen auf ihre Zukunft und auf das Arbeitsleben vorbereitet werden, dann finde ich eine Investition in Steine sehr wohl angebracht. Und jeder vernünftige Mensch wird sehr schnell einsehen, dass der Spruch „nicht soviel in Steine zu investieren“ nicht mehr als nur eine leere Worthülse ist.

Auch möchte ich betonen, dass die Regierung, bei ihrem Vorhaben, die 17,5 % für Infrastrukturausgaben zu überschreiten, große Entschlusskraft beweist, dieses Geld in einen Sektor zu investieren – die Schulen, der offensiv auf die Zukunft ausgerichtet ist. Denn, und das kann auch eine CSC nicht leugnen, **bedeutet diese Investierung doch eine Anlage in die DG als Wirtschaftsstandort, als Schulstandort und nicht zuletzt als Sozialstandort.** Mit anderen Worten, die Regierung bleibt ihrem Vorhaben treu, das regionale Entwicklungskonzept, konsequent umzusetzen. Dafür verdient die Regierung meines Erachtens ein dickes Lob und keine Schelte, wie die CSC dies darzustellen versucht.

Die Obergrenze von 17,5 Prozent des Gesamthaushalts für Infrastrukturkosten bleibt demnach nach wie vor ein wesentlicher Eckpfeiler der Haushaltspolitik. Im Übrigen glaube ich, dass anderswo Antragsteller oder Einrichtungen froh wären es mit einer Regierung zu tun zu haben, die sich dazu bereit erklärt BIS zu 17,5% der Mittel in Infrastrukturprojekte zu investieren. Diese andere, nämlich positive, Seite der Medaille ‚Infrastrukturausgaben‘ sollte auch einmal betrachtet werden.

Werte Kolleginnen und Kollegen,

Zu den Stärken des Haushalts 2011 zählt sicherlich der **Mut zur Verantwortung**, auch wenn Kritiker dies per Definition anders sehen. Mit dem kommenden Haushalt setzen wir alles daran, die DG funktionstüchtig zu halten. Für uns als SP-Fraktion setzen wir darauf, **die jungen Menschen vernünftig auszubilden und fürs Leben vorzubereiten.** Das heißt in erster Linie, die künftigen Arbeitnehmer für den Arbeitsmarkt fit zu machen. Davon profitieren vor allem die künftigen Arbeitnehmer selber, die einen Arbeitsplatz erhalten und die Betriebe, die aus gut ausgebildeten Arbeitnehmern wählen können. **Und für all diejenigen, die es trotz allen Bemühungen nicht schaffen, auf die Sonnenseite des Lebens zu wechseln, bleibt die Investierung in den Sozialbereich absolut notwendig.** Ich möchte besonders an die Menschen denken, die auf Hilfe angewiesen sind. Auf der einen Seite sind es die **Familien mit Kindern, bei denen der Kinderreichtum nicht als Nachteil angerechnet werden darf.** Und auf der anderen Seite die **Menschen eines gewissen Alters.** Den Senioren und Seniorinnen zur Seite zu stehen, sowohl materiell, finanziell und emotional, das wollen wir unterstützen, **besonders wenn deren Gesundheitszustand spezifische Hilfe notwendig macht.** In Würde zu leben beinhaltet eben auch die Möglichkeit in Würde alt zu werden und folgerichtig, in Würde zu sterben.

Zum Schluss möchte ich Ihnen noch ein Bild zeichnen. In meinem Beitrag habe ich mehrfach das Wort ‚Krise‘ genannt. In jeder Krise steckt bekanntlich auch eine Chance. Mann muss sie jedoch erkennen. Und die Hauptperson auf meinem Bild ist **der biblische Urvater Noah**, der laut dem biblischen Buch Genesis eine Arche baute, weil eine riesige Krise bevorstand, nämlich die Sintflut. Nun will ich keine Panik verbreiten, oder eine wie auch immer geartete Krise mit der Sintflut vergleichen. Was ich sagen will, ist folgendes: Noah gab sich daran eine Arche zu bauen, bevor das Wasser ihn daran hindern konnte! Und als der Regen das Land bedeckte, da hatte Noah seine Arbeit schon vollendet.

Dieses Bild macht folgendes deutlich: zu sagen, in jeder Krise stecke bekanntlich eine Chance, ist zu kurz gefasst. Richtig muss es heißen: In jeder Krise steckt eine Chance, wenn man sie früh genug ergreift. So müsste der Satz lauten, damit er komplett ist.

Kurzum: Ich darf Ihnen mitteilen, dass die SP-Fraktion mit dem vorliegenden Haushalt einverstanden ist und diesem zustimmen wird. **Nicht zuletzt weil ich deutlich machen konnte, wie wir als DG dabei sind, die Folgen der Banken- und Wirtschaftskrise zu meistern.**

Ich danke für die Aufmerksamkeit.

Charles Servaty